

Schuppert, Gunnar Folke

Book Review — Published Version

[Rezension] Ditmar Brock, Die überdehnte
Staatlichkeit. Warum der Westen scheitern könnte.
Wiesbaden: Springer VS 2018

Soziologische Revue

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Schuppert, Gunnar Folke (2019) : [Rezension] Ditmar Brock, Die überdehnte Staatlichkeit. Warum der Westen scheitern könnte. Wiesbaden: Springer VS 2018, Soziologische Revue, ISSN 2196-7024, Berlin, Boston, De Gruyter, Vol. 42, Iss. 4, pp. 659-663, <https://doi.org/10.1515/srsr-2019-0076>

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/222643>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Einzelbesprechung

Staat

Ditmar Brock, Die überdehnte Staatlichkeit. Warum der Westen scheitern könnte. Wiesbaden: Springer VS 2018, 337 S., gb., 24,00 €

Besprochen von **Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert**: Emeritus des Center for Global Constitutionalism, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung,
E-Mail: roland.roemhildt@wzb.eu (Sekretariat/Schuppert)

<https://doi.org/10.1515/srsr-2019-0076>

Schlüsselwörter: Von Staat zu Staatlichkeit, liberales Skript, transformierte Staatlichkeit, Ordnungssozialität

Das hier zu besprechende Buch könnte als ein soziologischer Entwicklungsroman bezeichnet werden, in dem der Staat (bzw. die Staatlichkeit) die Hauptperson ist. Bevor diese Entwicklungsgeschichte vom Verfasser näher beschrieben wird, stellt er ihr die „Skizze einer soziologischen Theorie des Staates“ voran, die immerhin 56 Seiten umfasst und auf die daher zunächst ein näherer Blick geworfen werden soll.

Der zentrale Begriff dieser Skizze ist der Begriff der Ordnungssozialität: „Das ist der Stoff, aus dem alle Staaten gebildet werden müssen, den sie verbreiten und ohne den sie bis heute nicht auskommen“ (12). Zwischenmenschliche Beziehungen werden durch die Orientierung an einer als geltend angesehenen Ordnung überformt, so dass die einzelnen in eine solche Ordnung eingebetteten Menschen hinter ihr als Individuen zurücktreten. Im Unterschied zur Machtausübung kommt es bei der Ordnung stiftenden Herrschaftsausübung *„auf einen von der Person des Machthabers ablösbaren Ordnungsanspruch an*. Nicht der Machtwille einer Person, sondern der von ihr *verkörperte* Ordnungsanspruch ist entscheidend“ (24).

Dieser soziologischen, in der Klarheit ihrer Botschaft an das Buch von Andreas Anter über „Die Macht der Ordnung“ (Anter, 2004) gemahnende Skizze wird vom Verfasser eine dezidiert kulturwissenschaftliche Komponente hinzugefügt, zu der es wie folgt heißt: „Ordnungssozialität macht die gemeinsame Kultur zu einer direkten Voraussetzung für das soziale Miteinander wie auch für das auf objektive Wirkungen ausgerichtete Handeln von sozialen Einheiten [...] Ordnungssozialität hat zwar weitreichendere Effekte als das an anderen Menschen orientierte soziale Handeln. Seine soziale Reichweite ist dagegen immer auf die-

jenigen begrenzt, die eine konkrete Kultur miteinander teilen“ (14f.). Darauf ist unter dem Begriff „Kulturkampf“ noch einmal zurückzukommen.

In dem sich anschließenden ersten Hauptteil stellt der Verfasser drei (aktuelle?) Staatsmodelle vor, nämlich das bis heute fortwirkende bürgerliche Staatsmodell, das Modell des Realsozialismus und das Staats- und Gesellschaftsmodell des Faschismus. Das ihm wichtigste Modell ist – schon ausweislich seines Umfangs – eindeutig das bürgerliche Staats- und Gesellschaftsmodell, auf das sich hier zu konzentrieren schon deswegen naheliegt, weil der Realsozialismus durch den Zerfall der Sowjetunion und des Ostblocks gewissermaßen „implodiert“ ist und der Faschismus – jedenfalls im Moment – kein konkurrenzfähiges Gegenmodell darstellt. Als Idealtypus ist das bürgerliche Staats- und Gesellschaftsmodell schnell skizziert: Wie Adam Smith überzeugend dargelegt habe, „könnten nur die Bürger und nicht der Staat“ wirtschaftlichen Reichtum schaffen. „Diese These war damals neu und von revolutionärer Kraft [...]“. Dem Staat kommt deshalb als Hauptaufgabe zu, einen solchen funktionierenden Wettbewerb zu gewährleisten und dafür einen rechtlichen Rahmen bereitzustellen. „Der Staat wird also nicht mehr als Selbstzweck, sondern ganz nüchtern als eine Art Dienstleistungsagentur verstanden, die im Interesse der Bürger notwendige Gemeinschaftsaufgaben wahrnimmt“ (65).

Nun ist auch dem Verfasser trotz seiner Vorliebe für eine grundständige politik-ökonomische Argumentation klar, dass eine solche idealisierende Skizze unterkomplex wäre. Es seien daher an diesem allzu einfachen Bild zwei ergänzende Korrekturen anzubringen. Die eine Korrektur bezieht sich auf die allein mit den Mitteln von Macht und Wettbewerb nicht lösbare soziale Frage, die eine Weiterentwicklung des bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsmodells in Richtung auf einen Wohlfahrtsstaat erforderlich machte. Ohne den Ausbau sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Elemente wäre die Integration der Arbeiterschaft unmöglich gewesen, so dass man – unter Überwindung der Ideologie einer ungebremsen Marktwirtschaft – von einer von den sozialen Realitäten erzwungenen Transformation des bürgerlichen Modells sprechen kann. Ein zweiter Aspekt kommt hinzu, nämlich der vom Verfasser stark betonte liberale Eigentumsbegriff, wobei er unter diesem Begriffsdach folgendes vereint sieht: „Bürger- und Menschenrechte plus Demokratie plus Markt-/Privatwirtschaft“, das volle Programm sozusagen. Wenn man diesen weiten und intensiven Eigentumsbegriff des Verfassers verstehen will, muss man sich vergegenwärtigen, dass Brock das Eigentum des Menschen an seiner eigenen Person als Ausgangspunkt nimmt: „Dieses Eigentum kann aber nur dann realisiert werden, wenn der Staat eine ganze Reihe von Bürger- und Menschenrechten schützt“ (60). Das Recht, solche Rechte zu haben, wird also gewissermaßen eigentumsrechtlich begründet.

Nun aber gilt es, einen Blick auf die nächste Entwicklungsstufe zu werfen, die der Verfasser unter der Überschrift „Von der bürgerlichen Gesellschaft zum west-

lichen Gesellschaftsmodell – ein soziologisches Fazit“ (191f.) behandelt: „Einerseits gewinnt der Staat als keynesianischer Marktinterventionsstaat Macht über seine Bürger und gegenüber dem Marktmechanismus zurück, die der klassische bürgerliche Staat schon aus ideologischen Gründen abgetreten hatte. Andererseits gibt er Souveränität und Gestaltungsmacht an eine überstaatliche Sphäre ab, in der sich ein westliches Gesellschaftsmodell in einem realpolitischen und realsoziologischen Sinne zu formieren beginnt. Diese Veränderungen gehen an die ideologischen wie praktischen Wurzeln des bürgerlichen Staates“ (196). Wir haben es also beim westlichen Gesellschaftsmodell mit einer gegenüber dem klassischen liberal-bürgerlichen Konzept *transformierten Staatlichkeit* zu tun.

Nun aber – nach der Implosion des realsozialistischen Modells und mit zunehmender ökonomischer Verflechtung im Prozess der Globalisierung – beginne sich so etwas wie eine Verfallsgeschichte des westlichen Modells abzuzeichnen. Die diesen Prozess ankündigenden Überschriften lauten „Der vermeintliche Siegeszug des westlichen Gesellschaftsmodells“, „Der Preis des Sieges“ und „Überdehnte Staatlichkeit“. Was ist damit gemeint?

Erstens reduziere sich die Expansion des Modells auf den liberal-bürgerlichen Kern des Modells und blende die sozialstaatliche Komponente aus, da Sozialpolitik nach wie vor nationalstaatlich verfasst sei. Exportiert werde dadurch ein skelettiertes westliches Gesellschaftsmodell, was auf den Export der sozialen Probleme in die nicht-westlichen Staaten hinauslaufe. Dies ist schwer nachzuvollziehen: Das westliche Gesellschaftsmodell ist doch gerade – wie vom Verfasser ausführlich dargelegt worden ist – ein um die Elemente des Interventions- und Wohlfahrtsstaates transformiertes Modell, was es mehr als erklärungsbedürftig macht, warum nun plötzlich ein wesentlich anderes Modell in die nicht-westliche Welt ausstrahlen soll. Es dürfte sich inzwischen herumgesprochen haben, dass zu dem vom Verfasser so betonten Standortwettbewerb der Staaten auch das Maß an Rechtsstaatlichkeit (dazu Schuppert, 2007) und sozialen Mindeststandards als auch von transnationalen Akteuren für wichtig gehaltene Standortfaktoren gelten.

Noch schwerer nachzuvollziehen ist allerdings, wie der Verfasser das von ihm identifizierte Phänomen der „überdehnten Staatlichkeit“ zu erklären versucht. Die Erklärung findet er in einem zunehmenden Gegensatz zwischen nationaler und transnationaler westlicher Staatlichkeit (grafische Übersicht auf S. 263). Ausgangspunkt sei der Befund, dass die „Protektion der eigenen Bürger [...] ein grundlegendes Merkmal aller Staaten darstelle [...] Dass Staaten sich nur um die eigenen Bürger zu kümmern haben, ist geradezu ihr Wesensmerkmal“. Mit der Hinwendung zu einer transnationalen Staatlichkeit hingegen entstehe eine „neuartige Beziehung zwischen Bürger und Staat“ (255f.): „*An die Stelle der festen politischen Beziehung zwischen der bürgerlichen Zivilgesellschaft und dem Staat tre-*

ten [von transnationalen Wirtschaftsakteuren getroffene, G. F. S.] *wirtschaftliche Selektionsentscheidungen* (insbesondere Standortwahl), die auf die durch Rating-agenturen systematisierte Bewertung der unterschiedlichen ‚Bonität‘ von Staaten reagieren“.

Die unterschiedliche Funktionslogik der beiden Staatlichkeitsmodelle führe zu einem „Spagat zwischen nationalem und transnationalem Staat“, der zu einer Überdehnung der Staatlichkeit zu führen drohe: „Sollte sie bei diesem Dehnungstest zerbrechen, hätte das katastrophale, möglicherweise tödliche Folgen für das westliche Gesellschaftsmodell“ (269). Aber ein solcher Spagat sei nicht nur schwierig und überfordernd, sondern führe letztendlich zu einem politischen und kulturellen Kampf um die Parteilichkeit des Staates. Die Fronten bei einem solchen „Kulturkampf um Staat und Gesellschaft“ (272) seien daher klar: „Auf der einen Seite wird eine offene Gesellschaft propagiert, die auch für Menschen aus anderen Kulturkreisen Heimat werden will und die ein attraktiver Standort beim Wettbewerb um Kapitalanlagen und um neue Arbeitsplätze sein möchte. Auf der anderen Seite geht es um die Wiederbelebung des traditionellen Nationalstaats. Dieser Kulturkampf beginnt beim ehrfurchtsvollen Umgang mit dem Staat und seinen Symbolen. Er setzt sich fort bei der Forderung, dass sich der Staat mehr um die Interessen der Mehrheit und weniger um Minderheiten zu kümmern habe. Gegen den Multikulturalismus und die Vorstellung, ein Standort für die Weltgesellschaft zu werden und an der Weltkultur zu partizipieren, werden traditionelle Werte und kulturelle Traditionen in Stellung gebracht, die es gegen Überfremdung zu schützen gelte“ (272).

Natürlich ist dem Verfasser zuzugestehen, dass das westliche, liberal geprägte Gesellschaftsmodell sich großen Herausforderungen gegenübersteht, die nunmehr in dem bei der FU Berlin ressortierenden Exzellenzcluster „Contestations of the Liberal Script“ (o. J.) insbesondere auch durch das Phänomen eines zunehmenden nationalstaatlichen Populismus fächerübergreifend untersucht werden. Aber bei allen Herausforderungen, die insbesondere mit konkurrierenden Legitimationserzählungen des Staates operieren, darf doch nicht übersehen werden, dass moderne Staatlichkeit infolge von nationalstaatlich nicht zu lösenden Problemen wie Klimawandel, Migration und organisierte Kriminalität wohl alternativlos auf eine internationale und transnationale Staatlichkeit hinausläuft. Statt nun den Kulturkampf zwischen nationaler und transnationaler Staatlichkeit auszurufen, hätte man sich als Leser eine differenziertere Analyse gewünscht. Wie das gehen kann, zeigt das Konzeptpapier des Exzellenzclusters „Contestations of the Liberal Script“, in dem drei Fragenkomplexe unterschieden werden. Erstens die Frage, wie sich die gegenwärtigen Herausforderungen durch den nationalen Populismus und den chinesischen Staatskapitalismus von früheren Herausforderungen – etwa durch Kommunismus und Faschismus – unterscheiden.

Zweitens die Frage nach den Ursachen für die gegenwärtigen Herausforderungen, wobei es hilfreich wäre, zwischen exogenen und endogenen Ursachen zu unterscheiden. Drittens die Frage nach den Konsequenzen und – so das Clusterpapier – die möglichen Ergebnisse: „We distinguish between three possible outcomes. (1) The liberal script prevails by adapting its scenery and actor constellation. (2) It survives but not without substantially transforming its plot. (3) The liberal script declines, losing relevance to alternative scripts“.

Auf der Suche nach einer zusammenfassenden Würdigung des Buches scheint Folgendes festhaltenswert. Das Buch ist gut lesbar, enthält viele interessante Einsichten und die einleitende soziologische Skizze von Staatlichkeit ist durchaus lesenswert. Insgesamt aber können die Argumentation und das inhaltliche Konzept nicht überzeugen. Die Argumentation ist an vielen Stellen widersprüchlich und scheint allzu sehr nicht soziologisch, sondern politisch veranlasst zu sein. Insofern hält sich die Bereicherung des Lesers durch die Lektüre des Buches leider in engen Grenzen.

Literatur

Anter, A. *Die Macht der Ordnung. Aspekte einer Grundkategorie des Politischen*; Mohr Siebeck: Tübingen, 2004.

Freie Universität Berlin, Contestations of the Liberal Script. Summary of the Overall Concept of the Cluster of Excellence. https://www.berlin-university-alliance.de/excellence-strategy/proposals/scripts/SCRIPTS_Summary.pdf (Zugriff Jun 27, 2019).

Schuppert, G. F. Governanceinfrastruktur durch Rechtsstaatlichkeit. In *Staatszerfall und Governance*; Beisheim, M.; Schuppert, G. F., Hrsg.; Nomos: Baden-Baden, 2007; pp 194–219.